

Fünf Jahre Hartz IV

Die Erwerbslosen sind Verlierer der gescheiterten Reform

Das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung IAB legte am vergangenen Dienstag eine Bilanz über fünf Jahre Hartz IV vor. Die UZ sprach darüber mit Walter Bauer. Walter Bauer ist Mitglied der ANA - Aktionsgemeinschaft Nürnberger Arbeitsloser und arbeitet im Nordbayerischen Erwerbslosen Netzwerk mit. Er ist selbst seit einem halben Jahr wieder "auf Hartz IV".

UZ: *Die Bilanz der IAB ist überschrieben mit: "Der Arbeitsmarkt hat profitiert". Doch wer ist der wahre Nutznießer von Hartz IV?*

Walter Bauer: Die Aussage "Der Arbeitsmarkt hat profitiert" reizt zu der Frage: Wer auf diesem Markt hat tatsächlich profitiert? Bekanntermaßen waren es nicht die Erwerbslosen. Aber noch einmal zurück zum IAB. Als Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit hat es u. a. die Aufgabe, die Einführung der Hartz-Gesetze zu begleiten und auf die Effektivität im Sinne der Gesetzgeber zu untersuchen. Dass dieses Institut nach fünf Jahren Hartz IV fordert "Die Hartz-Gesetze sind gescheitert, die Hartz-Gesetze müssen weg!", habe ich nicht erwartet. Aber dass selbst das IAB einen solchen, gemessen am Anspruch der Hartz-IV-Verfechter, sehr zurückhaltenden "Erfolgsbericht" nach fünf Jahren veröffentlichen muss, ist schon für das Scheitern all ihrer Zielvorgaben kennzeichnend.

Auch aus dem Anspruch eines wortgewaltigen SPD-Bundeskanzlers, mindestens die hohen Erwerbslosenzahlen zu halbieren ist bekanntlich nichts geworden. Übrig blieb eine "grundsätzliche positive Einschätzung der Neuordnung der Grundsicherung für Erwerbslose". Der Kernpunkt der "positiven" Einschätzung ist: "Auch wenn es nicht voll zum Tragen kommt, konnte strukturelle Arbeitslosigkeit verringert werden ... (und) trägt dazu bei, einer neuerlichen Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit in der Krise entgegenzuwirken und einen künftigen Wirtschaftsaufschwung beschäftigungsfreundlicher zu gestalten." IAB-Vizechef Ulrich Walwei vermutet sogar, dass ohne Reform die Zahl der Erwerbslosen "im sechsstelligen Bereich" läge. Ich würde ihm recht geben, wenn seine Aussage bedeuten würde: Ohne die in Maßnahmen, Praktika, staatlich finanzierten Arbeitsplätzen und Beschäftigungsgesellschaftskonstruktionen steckenden Menschen, also alle, die aus der Statistik herausfallen, aber weiterhin erwerbslos sind, würde die Erwerbslosenstatistik noch schlechter, aber ehrlicher sein. Zum Beispiel falle ich Mitte 2010 als nicht mehr vermittelbar, aber immer noch erwerbslos, aus der Statistik. Bin aber weiterhin Kunde der ARGE.

Dieser verschwommenen positiven Einschätzung stehen reale Profiteure von Hartz IV gegenüber. Es sind die Zeitarbeitsfirmen, die

Billiglohnbetriebe, in die die die ALG-II-BezieherInnen unter Sanktionsandrohungen gezwungen werden. Aber auch einige Kommunen, die kommunale Aufgaben durch Ein-Euro-Jobs oder "Bürgerarbeit" billiger erledigen lassen und dabei tarifliche kommunale Arbeitsplätze abbauen, sowie auch Wohlfahrtsverbände, die das Ein-Euro-Job-Angebot massiv ausnutzen, sind Profiteure und wollen Hartz IV nicht mehr missen.

Ich kenne keinen, der sich als Gewinner versteht, wenn er durch das Hartz IV System "aktivierend" gezwungen wurde, sich nackt auszuziehen, Blindbewerbungen am Fließband zu versenden und Disziplinierungsmaßnahmen durchzustehen. Nur nicht in diese Mühle des Hartz-IV-Systems zurück, ist für viele die Devise. Es sind die Verlierer der Hartz-Gesetze, vor allem die rund 1,3 Millionen Menschen, die zu Niedriglöhnen arbeiten müssen und als "Aufstocker" weiterhin Hartz-IV-Leistungen erhalten. Zu den Verlierern gehören auch diejenigen, die in den Betrieben mit dem Hartz-IV-Hammer zum Akzeptieren von Lohnkürzungen und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gezwungen werden. Wie immer sind es vor allem alleinerziehende Menschen, die am stärksten unter Druck stehen. Dies kann auch der IAB-Bericht nicht verschweigen.

UZ: *Wie sind denn die realen Chancen für Hartz-IV-Bezieher, eine bedarfsdeckende Tätigkeit aufnehmen zu können?*

Walter Bauer: Die Hartz-IV-Verteidiger handeln mit der "Erfolgsmeldung": "Die Zahl der ALG-II-BezieherInnen ist seit 2006 von 5,4 Millionen auf 4,9 Millionen gesunken." Aber wohin? Nur die Hälfte fand tatsächlich lang- oder kurzfristige Arbeit.

Schon vor einiger Zeit stellte das IAB fest: "Die Löhne der Abgänger in Erwerbstätigkeit sind relativ gering. Annähernd jeder zweite verdient weniger als 7,50 Euro brutto pro Stunde." Auch wenn von den offiziellen 4,92 Millionen ALG-II-BezieherInnen allein 1,3 Millionen "Aufstocker" sind, ist es kennzeichnend für die geringe Chance einen Job mit "bedarfsdeckender" Entlohnung zu bekommen. Dafür sprechen auch die steigenden Zahlen der Erwerbstätigen mit zwei und drei Mini-Jobs. Also nichts mit "bedarfsdeckender Bezahlung und regulären Arbeitsplätzen". "Arm trotz Arbeit" erfasst immer mehr Menschen, und die sozialen Bewegungen und Gewerkschaften sehen darin eine große Gefahr der Massenarmut. Nochmals zur "Abgangsstatistik". Es ist bekannt, dass ein nicht geringer Teil der Abgänge begründet ist durch Übergang in Rente oder Ausbildung, aber auch eine Veränderung in eine Bedarfsgemeinschaft. Es sind oft statistische Abgänge in Altersarmut oder Veränderungen von sozialen Abhängigkeiten innerhalb einer "Bedarfsgemeinschaft".

UZ: *In welchem Rahmen sind besonders Frauen von Hartz IV betroffen?*

Walter Bauer: Die Stellung der Frauen und der Umgang mit ihnen, ob in der "Bedarfsgemeinschaft" oder als Alleinerziehende und Alleinstehende widerspiegelt ihre Rolle in der Gesellschaft. Als erstes ist ungefragt immer der Mann der "Vorstand in der Bedarfsgemeinschaft". Eine Mutter wird, obwohl die Voraussetzungen nicht vorhanden sind, moralisch und auch durch Zwang zur "Unterbringung des Kindes" und zur "Arbeit" gedrängt. Arbeitsaufnahme für noch weniger Lohn als ihr männlicher

Mitbewerber wird als selbstverständlich angenommen.

In der Frage der Betreuung der Kinder wird in diesem Bericht ein Handlungsbedarf und Verbesserung eingefordert. Aber dieser "Handlungsbedarf" steht ja schon seit fünf Jahren im Raum.

UZ: *Als Ziel der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik nennt das IAB die Befähigung der Hilfebedürftigen zu eigenverantwortlichem und autonomem Handeln. Wie sieht die Realität aus?*

Walter Bauer: Fünf Jahre Hartz IV sind auch fünf Jahre Anti-Hartz-Bewegung. Dieser Bewegung wurde von Anfang an klar: Hier geht es nicht um "Fordern und Fördern". Hier geht es um "Fordern" um möglichst viele aus dem Sozialsystem zu verdrängen, egal wohin und egal wie. Der Kostenfaktor Erwerbslosigkeit muss abgebaut werden. Individuelle Probleme und Situationen spielen keine Rolle. Eigenverantwortlich bist du für deine Situation.

Wie in vielen Begriffen bei den Hartz-Gesetzen ist es auch eine bewusste Täuschung, den Begriff von "eigenverantwortlich und autonomem Handeln" in diesem Zusammenhang zu verwenden. Wo Repression, Diffamierung, Schüren von Überlebensängsten, finanzieller und moralischer Druck auf Menschen und Familien die Regel ist, sind diese Begriffe ein Hohn.

Denn in Regionen mit hoher Erwerbslosenquote ist es mit "eigenverantwortlichem und autonomem Handeln" nicht weit her. "Eine Aktivierung ins Leere hinein sollte also nicht erfolgen", rät das IAB. Aber welcher Fallmanager ist so ehrlich dies so zu gestehen?

Durch zwangsweise Einweisung in Trainingsmaßnahmen, Praktika, Ein-Euro-Maßnahmen usw. erlernt keiner das eingeforderte Handeln. Dass dies nicht eine weit her geholte Behauptung der Hartz-IV-GegnerInnen ist, scheint auch das IAB zu wissen, denn nicht umsonst wird im Bericht darauf verwiesen: "... wenn Aktivierung nicht Zwang und Sanktionen bedeutet, sondern als Mittel verstanden wird, Eigenverantwortung und Autonomie der Betroffenen zu fördern." Nur wird diese Praxis diesem Hartz-IV-System widersprechen.

UZ: *Was prognostiziert das Institut für die nächste Zukunft?*

Walter Bauer: Die Prognose des IAB bezüglich der zu erwartenden Erwerbslosigkeit 2010 und der anschließende Hartz-IV-Anstieg 2011 ist nicht optimistisch. Vor allem für Frauen, ältere aber auch junge Erwerbslose wird keine rosige Zukunft gezeichnet. Denn die Konkurrenz um die weniger werdenden Stellen wächst. Es wird ausgeführt:

"Zu erwarten ist, dass die negativen Wirkungen der Krise erst im Jahre 2010 voll auf den Arbeitsmarkt durchschlagen (werden). Weil die Neueinstellungen bereits deutlich zurückgegangen sind, wird es gerade für arbeitsmarktferne Personen immer schwieriger, eine Stelle zu finden. ... Dass solche Übertritte (ALG I zu ALG II) in den Jahren 2010 und 2011 in höherem Umfang als zuletzt stattfinden werden, ist bereits abzusehen."

Das IAB fordert die Politik auf, sich darauf einzustellen. Und die herrschende Politik wird sich mit ihren Vorstellungen darauf einstellen. Das ist sicher. Sicher ist aber noch nicht, ob die sozialen

Bewegungen und die Gewerkschaften darauf eingestellt sind. Ich bin davon noch nicht überzeugt. Einige Demos oder Unterschriftensammlungen im Jahr 2010 machen noch keine gesellschaftliche Veränderung. Aber Veränderungen sind "zukunftsnotwendig".

Die Ergebnisse von fünf Jahre Hartz IV und die Urteile des Verfassungsgerichts zu den Jobcentern könnte ein Anlass sein, die Forderung "Weg mit Hartz IV" und die Forderung nach einer Neuausrichtung auf eine wirklich soziale Sozialgesetzgebung neu zu beleben. Bei den kommenden Antikrisenaktionen der sozialen Bewegungen und den Reaktionen der Gewerkschaften auf die mit Sicherheit wachsende Langzeiterwerbslosigkeit hoffe ich auf die Forderung nach einem "Systemwechsel". Nicht zurück zum alten, weg mit Hartz IV, ein soziales System ist nötig.

Die Fragen stellte
Werner Sarbok

 zurück

Artikel versenden